

Hegemonie

Timmo Krüger

Der Begriff der Hegemonie spielt in der Politischen Ökologie eine zunehmend wichtige Rolle, weil er eine vielversprechende Analyseperspektive bietet für die Bearbeitung virulenter Fragen zu (ausbleibenden) sozial-ökologischen Transformationsprozessen: Worauf kann die Stabilität von Macht- und Herrschaftsverhältnissen zurückgeführt werden? Wieso bleibt eine weitreichende sozial-ökologische Transformation bislang aus, obwohl sie angesichts von Klimakrise, rasantem Verlust der Biodiversität und steigender Ungleichheit notwendiger denn je erscheint? Wie ist die Beharrungskraft von Wachstumsgesellschaften – ihre Attraktivität und Normalität trotz sich zuspitzender Probleme und Krisen – zu erklären?

Gramsci und Hegemonie

Der Begriff der Hegemonie geht auf Antonio Gramsci zurück, der als kommunistischer Aktivist vom italienischen faschistischen Regime wegen Hochverrat verurteilt wurde. Bis zu seinem Tod im Jahre 1937 arbeitete er im Gefängnis an einer marxistisch inspirierten Analyse des Scheiterns der Arbeiter*innenbewegung (Gramsci 1971; zur Einführung vgl. Opratko 2012a). In diesen fragmentarisch gebliebenen ›Gefängnisheften‹ untersucht Gramsci, wie kapitalistische Verhältnisse über Krisen und Widerstände hinweg reproduziert werden. Das analytische Erkenntnisinteresse verknüpft er mit der strategischen Frage, wie eine sozialistische Hegemonie erreicht werden könnte. Gramsci entwickelt die These, dass in modern-kapitalistischen Gesellschaften die Machtausübung nicht allein – und in der Regel auch nicht in erster Linie – auf Zwang und Repression basiert, sondern vor allem auf moralisch-ethisch-kultureller Führung (Opratko 2012b: 63). Hegemonie im gramscianischen Sinne zeichnet sich durch eine Kombination aus Konsens und Zwang aus, wobei ein Überwiegen von Letzterem bereits eine Krise der Herrschaftsausübung anzeigt. Gramsci geht von einer Grundkonstellation aus, in der verschiedene Klassen um die Vorherrschaft kämpfen. Die führende Klasse sichert sich laut Gramsci ihre Hegemonie, indem sie einerseits Zugeständnisse an andere Klassen macht und andererseits ihre Partikularinteressen universalisiert, das heißt erfolgreich als Interessen der Allgemeinheit definiert und somit den gesellschaftlichen Konsens prägt (ebd.). Konsens meint im Anschluss an Gramsci somit immer einen aktiv hergestellten Konsens, der das Ergebnis von Kämpfen um Hegemonie ist. Insofern sind in einem Konsens stets bestimmte Partikularin-

teressen privilegiert eingeschrieben und andere wiederum ausgeschlossen (Wullweber 2010: 83).

Hegemonieanalysen im Anschluss an Gramsci gehen davon aus, dass sich soziale Ordnungen durch Kämpfe um Hegemonie entwickeln, in denen bestimmte Deutungs- und Handlungsmuster als gesellschaftlicher Konsens durchgesetzt werden. Alternativen werden marginalisiert und geraten tendenziell in Vergessenheit (ebd.). Durch Prozesse der Entpolitisierung – das heißt der Verstetigung, Normalisierung und Routinisierung – entwickeln sich institutionelle Arrangements, die eine gewisse Festigkeit erlangen (ebd.: 115). Trotz der damit einhergehenden Strukturierung der Gesellschaft, die bestimmte Praktiken und Identitäten privilegiert und andere benachteiligt, ist die Stabilität hegemonialer Ordnungen konstitutiv prekär. Hegemoniale Ordnungen sind stets fragmentiert, hybrid und in sich widersprüchlich. Sie enthalten Risse, die Ansatzpunkte für gegenhegemoniale Praktiken bieten. Durch die Bewusstmachung des grundsätzlich offenen Charakters der sozialen Ordnung können auch Alternativen wieder an Bedeutung gewinnen und verfestigte Deutungs- und Handlungsmuster in den politisierten Bereich der Auseinandersetzungen um Hegemonie zurückgeholt werden. Konkret äußern sich politisierende Prozesse in der Hinterfragung einer vermeintlichen Alternativlosigkeit etablierter Praktiken und Vorstellungen sowie in der Artikulation¹ von möglichen Alternativen.

Der *Alltagsverstand* ist das zentrale Terrain, in dem die Auseinandersetzungen um Hegemonie geführt werden (Opratto 2012a: 44ff.). Auch der Begriff des Alltagsverstandes geht auf Gramsci zurück und umfasst Alltagswissen und -praktiken sowie internalisierte Annahmen, Normen, Werte und Leitbilder. Der Alltagsverstand stellt einen Deutungsrahmen zur Verfügung, durch den die alltägliche Lebenswelt ihren Sinn erhält (Gramsci 1971: 325f., 419). Er bietet alltagspraktische Orientierung, die so wirkt, als resultiere sie »direkt aus der Erfahrung und reflektiere lediglich die Realitäten des täglichen Lebens« (Sutter 2016: 55). In dieser Unmittelbarkeit definiert der Alltagsverstand die Grenzen dessen, was als normal gilt (Sutter 2016: 58). Dabei nehmen der Alltagsverstand und die durch ihn definierte Normalität unterschiedliche gruppenspezifische Formen an (Gramsci 1971: 419; Sutter 2016: 56). Auch wenn der Alltagsverstand auf bestehende Erfahrungen und Traditionen aufbaut, unterliegt er einem permanenten Wandel (Gramsci 1971: 325f.; Sutter 2016: 57). Individuen orientieren sich einerseits am geltenden Alltagsverstand und versuchen, sich zu »normalisieren«. Andererseits gibt es stets auch individuelle und kollektive gegenhegemoniale Praktiken, die auf eine (Re-)Politisierung verstetigter Strukturen zielen (Sutter 2016: 58; D'Alisa/Kallis 2020: 6).

Die Prozesse der Ent- und Re-Politisierung werden in vielen hegemonieanalytischen Arbeiten als ein Ringen zwischen verschiedenen Hegemonieprojekten analy-

1 Artikulation hat hier eine zweifache Bedeutung. Erstens verweist der Begriff darauf, dass jede soziale Praxis bedeutungsgenerierend ist, eine Bedeutung ausdrückt (die selbstverständlich unterschiedlich interpretiert werden kann). Zweitens steht Artikulation für eine Verbindung von zwei Elementen, die gelöst werden kann (im Deutschen bezeichnet es im Bereich der Anatomie die Verbindung von zwei Knochenstücken zu einem Gelenk, im Englischen gibt es vielfältigere Verwendungen des Wortes). Der Begriff der Artikulation bezieht sich somit auf den bedeutungsgenerierenden Aspekt, der allen sozialen Praktiken inhärent ist, weil sie kontingente (weder determinierte noch irreversible) Verknüpfungen von Inhalten produzieren (Grossberg 2016: 55; Sutter 2016: 67).

siert. Als Hegemonieprojekte gelten Arrangements bestimmter Forderungen, Praktiken, Identitätsangebote, Deutungsrahmen und Gemeinwohlvorstellungen, die über einen gewissen Zeitraum miteinander verknüpft und wiederholt artikuliert werden (Wullweber 2010: 105f.). Ein Projekt hat dann Hegemonie erreicht, wenn es den gesellschaftlichen Konsens prägt und die in ihm eingeschriebenen Partikularinteressen als Allgemeininteresse der Gesellschaft gelten (ebd.: 83). In einem solchen Fall wird ein Hegemonieprojekt, das Hegemonie anstrebt, zu einem hegemonialen Projekt, das Hegemonie erlangt hat. Als gegenhegemoniale Projekte können solche Hegemonieprojekte bezeichnet werden, die sich auf marginalisierte Deutungs- und Handlungsmuster positiv beziehen und auf die (Re-)Politisierung verstetigter Strukturen drängen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich konkrete Einzelpersonen oder Organisationen in ihrer Selbstwahrnehmung als Träger*innen eines Hegemonieprojekts verstehen, wobei dies in Einzelfällen auch zutreffen mag. Die Identifizierung eines Hegemonieprojekts (und die Zuordnung bestimmter Praktiken oder Akteuren zu diesem Projekt) ist das Ergebnis von analytischer Interpretationsarbeit (Krüger 2015: 35). Durch die Interpretation (von Äußerungen, Dokumenten, Unternehmensentscheidungen, Verwaltungshandeln usw.) können Zusammenhänge zwischen Artikulationen rekonstruiert werden. Auf diese Weise können beispielsweise Strategien zur Durchsetzung von Hegemonieprojekten und damit verknüpfte Identitätsangebote herausgearbeitet werden. Dabei ist wiederum zu beachten, dass Strategie im hegemonietheoretischen Sinne nicht allein das intentionale Vorgehen einzelner Akteure bezeichnet, sondern sich im umfassenden Sinn auf die Muster der Anordnung von Handlungen und Aussagen im Zeitverlauf bezieht (Nonhoff 2007: 184f.).

Neogramscianische Ansätze

Ab Ende der 1970er Jahre entwickelten zunächst Robert Cox und Stephen Gill neogramscianische Perspektiven im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie (Opratko 2012a: 65ff.). Darauf aufbauend analysierte die sogenannte *Amsterdamer Schule* die Herausbildung transnationaler Elitennetzwerke und Kapitalfraktionen als Kern von Hegemonieprojekten (van der Pijl 1984) und die *Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa* (2014) entwickelte ein differenziertes Verständnis der Akteurskonstellationen und Strategien von Hegemonieprojekten. Diese konzeptionellen Vorarbeiten aufgreifend, wurde der neogramscianische Ansatz auch in der Politischen Ökologie empirisch angewendet und weiterentwickelt. Exemplarisch gehe ich auf die Energiewendeforschung von Tobias Haas (2017) und Hendrik Sander (2015) ein, die sich in ihren Arbeiten der übergeordneten Frage widmen, inwieweit sich im Kontext einer multiplen Krisenkonstellation eine Transition hin zu einem grünen Kapitalismus abzeichnet. Als grüner Kapitalismus gilt hier ein Arrangement, das sowohl gegenüber einem *business as usual* als auch gegenüber einer weitreichenden Transformation, beispielsweise in Richtung Postwachstumsgesellschaft oder ökologischen Sozialismus, abgegrenzt werden kann.

Sander kommt in seiner Analyse der deutschen Energiepolitik zu dem Schluss, dass nach dem Super-GAU von Fukushima im Jahre 2011 zwar ein Konsens über das Ziel einer vollständigen Umstellung auf erneuerbare Energien in der Stromversorgung hergestellt wurde. Allerdings gibt es laut Sander keine wirkungsmächtigen Akteure,

welche die Führung einer ökologischen Modernisierung übernehmen, indem sie die Strategien der grünen Kapitalfraktionen universalisieren und erfolgreich als Gemeinwohl durchsetzen. Er konstatiert eine ›passive Revolution‹, in der die Regierungsspitze kleinschrittige Veränderungsprozesse einleitet, um eine tiefgreifende Verschiebung der Machtverhältnisse zu vermeiden.

Haas untersucht den Zusammenhang von politökonomischen Kontextbedingungen und Transformationsbestrebungen in der deutschen, spanischen und europäischen Energiewende. Dabei unterscheidet er zwar zwischen einem »grauen« (das auf die Stabilisierung der fossilen Energieversorgung zielt) und einem »grünen« Hegemonieprojekt (das eine Energieversorgung mit erneuerbaren Energien anstrebt), betont jedoch ihren fluiden Charakter. Laut Haas stehen die modernisierungsaffinen Teile des grauen Akteurspektrums dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mehr ablehnend gegenüber, sondern überführen ihn in eine stärker zentralistische Ausrichtung, die mit ihren Akkumulationsstrategien kompatibel ist. Umgekehrt übernehmen die transitionsaffinen Teile des grünen Akteurspektrums die Forderungen nach einer wettbewerblichen Förderung der erneuerbaren Energien und einer verstärkten Marktintegration. In Bezug auf die allgemeine Forschungsfrage teilt Haas Sanders These der Energiewende als kompromissvermitteltes Arrangement: Die Energiewende wird zwar weitergetrieben, allerdings wird sie in ihrer Dynamik gebremst und an die Interessen des grauen Projekts angepasst.

Diskurstheoretische Hegemonieanalysen

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe legen in den 1980er Jahren eine diskurstheoretische Reformulierung des Hegemoniebegriffs vor. Dabei schließen sie einerseits an Gramsci an, verwerfen allerdings die Annahme, dass soziale Identitäten auf objektiv existierenden Klassenlagen aufbaue und dass Antagonismen stets zwischen Klassen ausgetragen werden (Laclau/Mouffe 2001: 114ff.). Dagegen betonen sie, dass (kollektive) Identitäten in sozialen Praktiken konstruiert werden und jede verworfene Position(ierung) zum Ort eines neuen Antagonismus werden kann. In der diskurstheoretischen Perspektive sind es somit nicht bestimmte Klassen, die hegemonial werden, sondern bestimmte Diskurse, das heißt Deutungs- und Handlungsmuster sowie die damit verbundenen Subjektpositionen (Identitätsangebote) (Bedall 2014: 48ff.). In Arbeiten zur Politischen Ökologie wurde die diskurstheoretische Hegemonieanalyse aufgegriffen, um die Prozesse der permanenten Produktion und Reproduktion von Hegemonie in den Mittelpunkt zu rücken. Ich präsentiere exemplarisch die Dissertationen von Philip Bedall (2014) und von mir selbst (Krüger 2015), die sowohl ausführliche theoretische und methodische Passagen zur Forschungsperspektive enthalten als auch detaillierte Empirie-Kapitel.

Bedall analysiert die Herausbildung und Verbreitung eines gegenhegemonialen Projektes, das sich als antagonistisch gegenüber der internationalen Klimapolitik in seiner neoliberalen Prägung positioniert und für Klimagerechtigkeit einsetzt. Er fokussiert auf die politischen Prozesse rund um die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 15), die 2009 in Kopenhagen stattfand. Bedall arbeitet heraus, wie radikalere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bewegungsaktivist*innen hybride Netzwerkstrukturen entwickeln und sich für antagonistische

Forderungen einsetzen – beispielsweise für einen Stopp der Förderung fossiler Brennstoffe, für die Begleichung der ökologischen Schulden des Globalen Nordens an den Süden, für die Abkehr von marktbasierter Lösungen sowie für Energie-, Ressourcen- und Ernährungssouveränität. Sein Fazit lautet, dass sich mit den Klimaverhandlungen und Klimaprotesten in Kopenhagen das gegenhegemoniale Projekt zur Einforderung von Klimagerechtigkeit etabliert hat, sich allerdings die Diskurskoalition, die dieses Projekt vorantreibt, kaum erweitert hat.

In meiner eigenen Forschung rekonstruiere ich die Entwicklung und Durchsetzung des Hegemonieprojekts der ökologischen Modernisierung. Im Zentrum des ökomodernen Projekts steht die Überzeugung, dass sich wirtschaftliches Wachstum und Ökologie nicht widersprechen müssen, sondern sich auch gegenseitig positiv beeinflussen können. Dazu bedürfe es marktkonformer Anreizstrukturen, Effizienzsteigerungen und der Entwicklung neuer Technologien. Dem ökomodernen Projekt ist es gelungen, ökologische Forderungen in den eigenen Diskurs zu integrieren, ohne deren systemkritische Stoßrichtungen zu übernehmen. Die ökomodernen Hegemoniestrategien erzeugen einen passiven Konsens, das heißt, einflussreiche gesellschaftliche Kräfte etablieren das ökomoderne Projekt, während weite Teile der Bevölkerung das zwar nicht aktiv unterstützen, sich jedoch auch nicht dagegen positionieren, weil sie in der vermeintlich komplexen Klimafrage den Expert*innen vertrauen.

Hegemonie, imperiale Lebensweise und Degrowth

Der Begriff der → imperialen Lebensweise von Ulrich Brand und Markus Wissen (2017) bietet für viele Arbeiten in der Politischen Ökologie einen konzeptionellen Rahmen. Brand und Wissen knüpfen an Gramscis These an, dass sich eine widersprüchliche Gesellschaftsformation nur reproduzieren kann, wenn sie in den Alltagspraxen und im Alltagsverstand verankert ist. Die von ihnen in den Blick genommene imperiale Lebensweise zeichnet sich durch ein Primat des Wirtschaftswachstums und ein hohes Konsumniveau aus. Eine solche Lebensweise ist nicht verallgemeinerbar, sondern beruht auf Exklusivität. Auch wenn die Ober- und Mittelschichten in den Schwellenländern diesen Lebensstil tendenziell übernehmen (soweit sie es sich finanziell leisten können), geschieht der Zugriff auf Arbeitskraft und Ressourcen weiterhin entlang unterschiedlicher Ungleichheitslinien, insbesondere entlang neokolonialer Nord-Süd-Verhältnisse. Brand und Wissen konstatieren auf der einen Seite einen strukturellen Zwang zur imperialen Lebensweise, der sich aus der Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, aus den geltenden Produktions- und Konsumnormen sowie aus den gesellschaftlichen Institutionen und Infrastrukturen speist. Auf der anderen Seite wird der strukturelle Zwang nicht notwendigerweise als solcher empfunden, sondern oftmals schlicht als Erweiterung von Handlungsoptionen. Dementsprechend korrespondieren in der imperialen Lebensweise die Wachstumsstrategien aus Wirtschaft und Politik mit den Orientierungen und Alltagspraktiken vieler Menschen.

Dieser Fokus auf die Ko-Konstitution von alltäglichen Praktiken und gesellschaftlichen Strukturen (als Erklärung für die Beharrungskräfte von kapitalistischen Wachstumsgesellschaften) findet sich auch in anderen gramscianisch inspirierten Arbeiten der Degrowth-Debatte. Aus hegemonietheoretischer Perspektive kann eine sozial-ökologische Transformation nur gleichzeitig als Veränderung gesellschaftli-

cher Strukturen sowie als Veränderung von Identitäten und Alltagspraxen vollzogen werden (D'Alisa/Kallis 2020). Dementsprechend können politische Kampagnen und gelebte Alternativen im Kleinen eine wichtige Rolle spielen, sofern sie sich nicht mit der Einrichtung einer Nische begnügen, sondern sich in politischen Auseinandersetzungen positionieren, um zur Transformation gesellschaftlicher Leitbilder, Normen und Institutionen beizutragen (Calvário/Kallis 2017: 599ff.). Sie haben eine re-politisierende Wirkung, wenn sie gegenhegemoniale Vorstellungen in konkretes Alltags-handeln übersetzen und Prozesse kollektiver Selbstermächtigung in Gang setzen (García López et al. 2017: 103). Um die Spielräume von Postwachstumspraktiken auszuweiten, bedarf es aber auch der Veränderung bestehender und des Aufbaus neuer Institutionen und Infrastrukturen.

Fazit

Hegemonieanalysen teilen mit der Politischen Ökologie die Annahme, dass die Analyse von Konflikten und Machtfragen zentral ist für die Erforschung von Transformationsprozessen (Krüger 2020: 259). Dabei betonen hegemonieanalytische Arbeiten, dass wesentliche Teile der Bevölkerung nicht von der Notwendigkeit sozial-ökologischer Transformationsbestrebungen überzeugt werden können, sondern politisch besiegt werden müssen (Eversberg 2020). Eine umfassende Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann in der Regel nicht im Einvernehmen mit den Profiteur*innen des Status quo, sondern nur gegen deren Widerstand durchgesetzt werden. Hegemonietheoretisch inspirierte Arbeiten können Orientierungspunkte dafür liefern, wie sich Prozesse der (Ent-)Politisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse sowohl auf der Ebene des professionellen Handelns (in Politik, Wirtschaft, Bildung, Kultur usw.) als auch auf der Ebene von Alltagspraktiken entfalten und welche strategischen Schlüsse für Transformationsbestrebungen daraus gezogen werden können (Krüger 2020).

Literatur

- Bedall, Philip (2014): *Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie*, Bielefeld: transcript.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München: oekom.
- Calvário, Rita/Kallis, Giorgos (2017): »Alternative Food Economies and Transformative Politics in Times of Crisis: Insights from the Basque Country and Greece«, in: *Antipode*, 49. Jg., Nr. 3, S. 597-616.
- D'Alisa, Giacomo/Kallis, Giorgos (2020): »Degrowth and the State«, in: *Ecological Economics*, 169. Jg., S. 106486.
- Eversberg, Dennis (2020): »Who can challenge the imperial mode of Living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population«, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 33. Jg., Nr. 2, S. 233-256.

- Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.) (2014): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld: transcript.
- García López, Gustavo A./Velicu, Irina/D'Alisa, Giacomo (2017): »Performing Counter-Hegemonic Common(s) Senses. Rearticulating Democracy, Community and Forests in Puerto Rico«, in: *Capitalism Nature Socialism*, 28. Jg., Nr. 3, S. 88-107.
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the prison notebooks of Antonio Gramsci*. Herausgegeben und übersetzt von Quintin Hoare und Geoffrey Nowell Smith, London/New York: Lawrence & Wishart/International Publishers.
- Grossberg, Lawrence (2016): »On Postmodernism and Articulation. An Interview with Stuart Hall«, in: *Journal of Communication Inquiry*, 10. Jg., Nr. 2, S. 45-60.
- Haas, Tobias (2017): *Die politische Ökonomie der Energiewende. Deutschland und Spanien im Kontext multipler Krisendynamiken in Europa*, Wiesbaden: Springer VS.
- Krüger, Timmo (2015): *Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik*, Bielefeld: transcript.
- Krüger, Timmo (2020): »Identifying Strategic Entry Points for Transformative Politics Towards a Degrowth Society. How to Operationalize the Concept of »the Imperial Mode of Living« for Empirical Research«, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 33. Jg., Nr. 2, S. 257-275.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London/New York: Verso.
- Nonhoff, Martin (2007): »Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse«, in: ders. (Hg.): *Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript, S. 173-193.
- Opratko, Benjamin (2012a): *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Opratko, Benjamin (2012b): »Ein theoretischer Universalschlüssel? Zur Ontologisierung des Hegemoniebegriffs bei Laclau und Mouffe«, in: Iris Dzudzek/Caren Kunze/Joscha Wullweber (Hg.): *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven*, Bielefeld: transcript, S. 59-83.
- Sander, Hendrik (2015): *Die deutsche Energiepolitik nach Fukushima. Zum Potenzial eines grünen Kapitalismus in der multiplen Krise*. Dissertationsschrift, Kassel.
- Sutter, Ove (2016): »Alltagsverstand. Zu einem hegemonietheoretischen Verständnis alltäglicher Sichtweisen und Deutungen«, in: *Österreichische Zeitschrift für Volkskunde*, 119. Jg., Nr. 1+2, S. 41-70.
- van der Pijl, Kees (1984): *The making of an Atlantic ruling class*, London: Verso.
- Wullweber, Joscha (2010): *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt*, Baden-Baden: Nomos.

